

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 19. Februar 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 08/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Osteuropabotschaft - Behandlung durch die ausserpolitischen Kommissionen NR und SR	2
2) Besuch des EG-Kommissars für Umweltschutz, Carlo Ripa di Meana, in Bern am 11. Februar 1990	7
3) EFTA-interne Sitzung der High Level Steering Group (HLSG) vom 16. und 17. Februar 1990 in Stockholm	8
4) Suivi de Bruxelles. Réunion du Groupe de travail sur les questions juridiques et institutionnelles. Bruxelles, le 15 février 1990	11
5) Visite du Vice-Ministre du Commerce extérieur de la RDA, Christian Meyer, à Berne, le 12.02.1990	12
6) Agence internationale de contrôle des armes chimiques	13

Osteuropabotschaft - Behandlung durch die ausserpolitischen
Kommissionen NR und SR

1. Am 13.02. hat die ausserpolitische Kommission des Nationalrates, am 15.02. jene des Ständerates die durch den Dep.chef EDA vertretene Botschaft über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen vom 22.11.1989 beraten und den darin vorgeschlagenen Rahmenkredit von SFr. 250 Mio. jeweils einstimmig gutgeheissen. Aus den Diskussionen wurde klar, dass der Kredit, in der vorgeschlagenen Form und Zusammensetzung, auf ausserordentlich breite und solide Zustimmung aller politischer Lager stösst und damit voraussichtlich im März (dringliches Sonderverfahren mit paralleler Beratung in beiden Räten) ohne weiteres parlamentarische Zustimmung finden wird. Damit werden die Mittel ab 01.04. zur Verpflichtung und, auf dem Wege eines Nachtragkredites, wo bereits nötig auch zur Auszahlung bereitstehen.

2. Der Dep.chef ergänzte in seinen einleitenden Worten die im vergangenen Herbst verfasste Botschaft insbesondere wie folgt:

2.1. Schweizerisches Umfeld des Rahmenkredites

Ausserhalb des Kredites bereits beschlossen resp. eindeutig bekannt sind schweizerische Beteiligungen an zwei Aktionen: Stabilisierungsfonds für Polen (SFr. 50 Mio.) sowie EFTA-Fonds für Jugoslawien (SFr. 50 Mio.). Mit grosser Wahrscheinlichkeit steht eine schweizerische Mitgliedschaft an der Entwicklungsbank für Osteuropa (BERD) in Aussicht; der entsprechende, erhebliche Beitrag wird Objekt einer eigenen Vorlage ans Parlament sein.

2.2. Kriterien der Gewährung schweizerischer Unterstützung

Mit den in der Botschaft allgemein angesprochenen Reformen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sind insbesondere gemeint:

- Einführung und Beachtung rechtsstaatlicher Regeln
- Beachtung der Menschenrechte
- politischer Pluralismus einschliesslich freier und geheimer Wahlen in naher Zukunft
- konkrete Schritte zur Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien

2.3. Berücksichtigung einzelner Länder bei der Zuteilung schweizerischer Unterstützung

Bei der Anwendung der eben dargestellten Kriterien auf die einzelnen ost- und mitteleuropäischen Länder lässt sich die folgende grobe Zweiteilung vornehmen:

- Polen und Ungarn gehören weiterhin in die erste und am weitesten fortgeschrittene Gruppe der Reformer. Dazu sind heute auch die CSSR und - mit grosser Wahrscheinlichkeit jedenfalls nach den Wahlen vom 18.03. - die DDR zu zählen.
- Weniger weit auf dem Reformweg sind Rumänien und Bulgarien, sowie Jugoslawien und die Sowjetunion.

Dies bedeutet, dass das in der Botschaft vorhandene Schwergewicht schweizerischer Massnahmen zugunsten von Polen und Ungarn grundsätzlich weiter gerechtfertigt ist. Die beiden anderen Länder der ersten Gruppe werden nach Massgabe ihrer eigenen Möglichkeiten und Bedürfnissen (CSSR und DDR sind wirtschaftlich stärker als Polen und Ungarn) einbezogen. Für die Länder der zweiten Gruppe stehen punktuelle Massnahmen vor allem in den Bereichen

politische Kultur und Ausbildung im Vordergrund sowie gegebenenfalls humanitäre Hilfe (Rumänien). Unterstützung an Jugoslawien momentan ausschliesslich im Rahmen EFTA.

2.4. Einzelne Bereiche

Bisherige Kontakte mit Vertretern der Reformländer, zudem auch der Grundtenor der Äusserungen in den beiden Kommissionen, haben gezeigt, dass in Ergänzung der eben dargestellten Aufteilung nach Ländern eine sektorielle Schwerpunktbildung zweckmässig erscheint, speziell in den Bereichen Umwelt und Ausbildung. Dem ist bereits in der Botschaft bis zu einem gewissen Punkt Rechnung getragen, zudem werden sich bei der in der Botschaft enthaltenen, provisorischen Zuteilung der Mittel auf die einzelnen Bereiche bei der Durchführung noch gewisse Verschiebungen ergeben.

2.5. Höhe und Dauer des Rahmenkredites

Im vollen Bewusstsein der Ausweitung des Kreises von Empfängerländer (oben 2.3.) und nach Diskussion in beiden Kommissionen ist der ursprüngliche Antrag, 250 Mio. für drei Jahre, belassen worden, wobei sich der Dep.chef - er wird dies auch anlässlich der parlamentarischen Beratung formell wiederholen - vorbehalten hat, bei entsprechendem Mittelbedarf dem Parlament eine neue Vorlage auch vor Ablauf der drei Jahre zu unterbreiten.

3. Reaktion der Kommissionen

Neben den bereits erwähnten zwei Punkten (siehe oben 2.4. und 2.5.) konzentrierte sich die Diskussion der Kommission auf:

- 5 -

- Verzettelung der Massnahmen rsp. Koordination des Einsatzes der schweizerischen Unterstützung. Neben der erwähnten Schwerpunktbildung gegen aussen sollen mit Bezug auf den schweizerischen Kontext geeignete Strukturen (siehe unten 4) für eine optimale Bündelung der sehr zahlreichen Projektideen und Anregungen von ausserhalb der Bundesverwaltung sorgen.
- Aufteilung der Mittel zwischen technischer Unterstützung (EDA) und Wirtschaft (BAWI): Reiner Zahlenvergleich (90 zu 160 Mio.) ist irreführend, da Finanzhilfe naturgemäss (Güterlieferung) voluminöser ist als die Lieferung von Software.
- Unterstützung für Osteuropa vs. Entwicklungszusammenarbeit: Hier standen einzelnen Stimmen von rechts, welche Kompensation für die Osthilfe bei der Entwicklungszusammenarbeit befürworten, zahlreichen Aeusserungen aus der Mitte und dem linken Spektrum entgegen, welche dies ausschliessen. Letztere Haltung entspricht jener des Bundesrates; wirkliche Auseinandersetzung rsp. generelle Frage der anderweitigen Kompensation im Rahmen Bundesausgaben dürfte wohl erst bei Budget- rsp. Finanzplanberatung kommen.
- Personal: Sehr weitgehendes Verständnis in den Kommissionen, das trotz Auslagerung der Projektdurchführung für Koordination und Ueberwachung zusätzliches Personal innerhalb Bundesverwaltung unumgänglich sein wird. Da dafür keine regulären Einheiten zur Verfügung stehen, werden in einer ersten Phase 5 - 6, später voraussichtlich noch zusätzliche Personen privatrechtlich und aus dem Kredit finanziert angestellt.

4. Zuständigkeiten innerhalb der Bundesverwaltung

- 4.1. Für die Durchführung der Unterstützung sind die nach Bereich zuständigen Direktionen verantwortlich:

- für Kultur, Wissenschaft, Ausbildung und Umwelt (gemeinsam mit BAWI, Güterlieferungen) die Direktion für internationale Organisationen resp. ihre entsprechenden Sektionen unter enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesämtern;
- für Lebensmittelversorgung / Verbesserung der Agrarstrukturen (gemeinsam mit BAWI, Güterlieferungen) und humanitäre Hilfe die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe;
- für Investitionsförderung, Finanzhilfe und Handelsförderung das BAWI

4.2. Zur Koordination und Ueberwachung aller Massnahmen ist eine Arbeitsgruppe (AG-SOS) geschaffen worden, die in der Regel vom Staatssekretär EDA präsiert wird, der alle zuständigen und weitere interessierte Stellen aus EDA und BAWI angehören und deren Sekretariat von der Politischen Abteilung I geführt wird, welche eine umfassende Kartei unterhält aller relevanten Informationen und Dokumente mit Bezug auf die Massnahmen und ihr internationales Umfeld (G-24).

- 7 -

Besuch des EG-Kommissars für Umweltschutz, Carlo Ripa di Meana, in Bern am 11. Februar 1990

Einige Stichworte zum Gespräch mit BR Cotti

Beziehungen EFTA-EG

Hauptaussage des Kommissars: Von den EFTA-Staaten wird niemals verlangt werden, eine progressivere Umweltgesetzgebung an ein tieferes EG-Niveau anzupassen.

Der Kommissar sprach auch von den Problemen, die in gewissen Mitgliedstaaten bei der Durchführung der 160 EG-Richtlinien im Umweltbereich bestünden.

Europäische Umweltagentur

Die prinzipielle Zustimmung des EG-Umweltrates vom 28.11.89 zum Kommissionsvorschlag zur Schaffung einer Europäischen Umweltagentur (mit einer gleichberechtigten Mitwirkung von Drittstaaten) war eine Ueberraschung. Die Widerstände Spaniens, Portugals und Griechenlands, die es zu überwinden galt, betrafen die Rolle der Drittländer und die Frage, inwieweit nationale Umweltdaten, die an die Agentur zu liefern wären, weiterhin der nationalen Kontrolle unterstünden.

Im Europäischen Parlament wurden insgesamt 87 Abänderungsvorschläge eingebracht. Sie zielen darauf, eine künftige Agentur mit sehr viel mehr Kompetenzen auszurüsten, als der Kommissionsvorschlag vorsieht. So sollte die Agentur Inspektionen durchführen und Bussen erteilen können. Falls sich im Differenzbereinungsverfahren zwischen dem Parlament (Plenumsdebatte am 13.2.) einerseits und der EG-Kommission bzw. dem Rat (den nationalen Regierungen) andererseits keine Einigung erzielen lässt, werden Rat und Kommission ihr weniger ehrgeiziges, jedoch ausbaufähiges Projekt zurückziehen müssen.

Noordwijk-Prozess

Der Kommissar geht davon aus, dass eine Konferenz der 19, d.h. der für die Umweltbelange zuständigen Minister der EFTA- und EG-Staaten und des Vertreters der Kommission, noch im Jahre 1990 stattfinden müsse. Die schweizerische Bereitschaft, als Gastgeber aufzutreten, ist willkommen. Allerdings bestünden Zweifel daran, ob Irland viel daran gelegen sei, dass die Konferenz noch in die Zeit seiner Präsidentschaft falle. Das bedeutet also, dass von einem Zeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte, während der italienischen EG-Präsidentschaft (und während der schweizerischen EFTA-Präsidentschaft) auszugehen wäre. Die informelle Tagung des EG-Umweltministerrates vom 21./22. April wird sich mit der Konferenz befassen.

Was die Traktandenliste der Konferenz betrifft, sind sich der EG-Kommissar und BR Cotti über die folgenden Punkte einig:

- der Beitritt der EFTA-Staaten zur Europäischen Umweltagentur (wobei der Kommissar von der Möglichkeit sprach, dieses Thema schon an der europäischen Brundtland-Nachfolgekonferenz in Bergen vom 8.-16. Mai zu behandeln);
- die Beziehungen zu den mitteleuropäischen Staaten;
- der Stand der EWR-Verhandlungen und der Stellenwert der Umweltfragen in diesen Verhandlungen.

BR Cotti erwartet auch eine Beschlussfassung in einem konkreten Bereich, etwa der Emissionsgrenzwerte von Lastwagen. Kommissar Ripa di Meana seinerseits erwähnte als weitere Themen die Lenkungsinstrumente und den geplanten EG-Umweltfonds. Er stellte zudem in Aussicht, dass nächstens die Einladung zur Teilnahme an einem Seminar über Biotechnologie eintreffen werde.

**EFTA-interne Sitzung der High Level Steering Group (HLSG)
vom 16. und 17. Februar 1990 in Stockholm**

Die Sitzung hatte informellen Charakter. Zwei Themen standen im Mittelpunkt der Diskussionen:

- Stand der Arbeiten in den vier mit Substanzfragen befassten Arbeitsgruppen
 - Decision shaping und decision taking
1. Identifikation des relevanten "acquis communautaire" und Probleme
-

Zunächst bestätigten alle Vertreter der EFTA-Länder ihre Auffassung, dass sich die EFTA-Länder in der Explorationsphase auf keine abschliessende Definition des relevanten "acquis" und keine definitive Liste der Ausnahmen festlegen sollten. Die Diskussion ergab auch, dass die einzelnen EFTA-Länder die Arbeiten bisher auf rein technischer Ebene durchgeführt und die politischen Instanzen mit aufgetauchten Problemen noch nicht befasst haben. Herbe Kritik galt der vielerorts festgestellten ungenügenden Vorbereitung auf Seiten der EG-Kommission und insbesondere der Weigerung gewisser Kommissionsbeamter, die Beteiligung der EFTA-Länder an EG-Ausschüssen, die im Rahmen des EG-Rechts bald eine Verwaltungs-, bald eine regelschaffende Funktion ausüben, zu diskutieren. Der schwedische Vorsitzende gab mit seiner Feststellung, die angemessene Vertretung der EFTA-Länder in diesen Ausschüssen sei eine Voraussetzung für die Uebernahme des "acquis", die Meinung aller wieder.

Wichtige Einzelfragen:

Alle EFTA-Länder wollen im Bereich Dienstleistungen (Stichwort Reziprozitätserfordernisse für Banken und Versicherungen gegenüber Nicht-EWR-Ländern) und Kapitalverkehr an einer autonomen Politik gegenüber Drittländern festhalten. Eine Abstimmung mit der EG in Fragen, die für das gute Funktionieren des EWR unerlässlich sind, wird aber nicht im vornherein ausgeschlossen.

In Bereichen, wo die EG-Kommission (EGK) bisher keine Listen des relevanten "acquis" vorgelegt hat, werden dies die EFTA-Länder nur für Fälle tun, wo das eindeutige Interesse aller EFTA-Länder an einer Integration des "acquis" in den EWR-Vertrag feststeht. Diese gleiche Grundhaltung gilt auch für denjenigen Teil des "acquis", dessen Verbindlichkeitsgrad innerhalb der EG zweifelhaft ist.

Es wurde schliesslich beschlossen, dass das EFTA-Sekretariat im Hinblick auf die EFTA-interne HLSG-Sitzung vom 6./7. März eine Liste der Probleme erstellt, welche die einzelnen EFTA-Länder bei der Uebernahme des "acquis" haben. Diese Liste wird am 6./7.3. diskutiert.

2. Institutionelle Fragen

Die Diskussion hat gezeigt, dass alle EFTA-Länder EWR-Beschlüsse legislativen Charakters auch im Rahmen eines EWR-Vertrages den nationalen Parlamenten zur Billigung unterbreiten wollen. Kein EFTA-Land trägt sich mit anderen Worten gegenwärtig mit dem Gedanken, im Rahmen des EWR-Vertrages eine umfassende Kompetenzdelegation vom Parlament auf die Exekutive anzustreben. Besonders zurückhaltend in diesem Punkt zeigte sich Finnland, am offensten Schweden.

Als Elemente einer gemeinsamen Plattform in Sachen decision shaping / decision taking wurden festgehalten:

1. Sicherung eines Initiativrechts für die EFTA-Länder
2. Decision shaping in EWR-Gruppen zu 19, wo alle EG-Mitgliedstaaten und alle EFTA-Länder plus Liechtenstein an der Diskussion teilnehmen sollen. Ab welcher Stufe auf EG- und EFTA-Seite mit einer Stimme gesprochen werden soll, wird offen gelassen.

3. Der gemeinsame politische Standpunkt am Ende des "shaping"-Prozesses soll ebenfalls in einem Organ der 19 (auf Minister- oder Botschafterstufe) festgelegt werden.
4. Neben diesem regelschaffenden Prozess sind auch regelmässige Ministertreffen vorzusehen, wo nicht Beschlüsse vorbereitet oder gefasst werden, sondern politische Impulse gegeben und politische Richtlinien festgelegt werden.

Die zeitliche Abfolge, in der rechtsverbindliche Beschlüsse durch den EG-Ministerrat in EWR-relevanten Belangen und durch das EWR-Organ getroffen werden, bleibt unklar. Die Bedeutung, welche die einzelnen EFTA-Länder dieser Frage beimessen, ist unterschiedlich.

Die Rolle der EFTA als solcher in einem künftigen EWR-Vertrag bleibt ebenfalls ungeklärt. Alle sind sich zwar einig, dass aus heutiger Sicht die EFTA nicht neben den einzelnen EFTA-Ländern Vertragspartei sein kann, einzelne EFTA-Länder wollen diese Möglichkeit heute aber nicht bereits vollkommen ausschliessen.

Beurteilung aus schweizerischer Sicht:

Positiver Zusammenarbeitswille und offene Diskussionsbereitschaft prägten die Sitzung. Ein paar wichtige Klärungen (Rolle der nationalen Parlamente, Ausgestaltung des shaping-Verfahrens) fanden statt. Gewisse Richtlinien für den Umgang mit dem "acquis" in den Arbeitsgruppen sollten sich ebenfalls als hilfreich erweisen. Vertreten war die Schweiz an der Sitzung durch Staatssekretär Franz Blankart und Botschafter Jakob Kellenberger.

**Suivi de Bruxelles. Réunion du Groupe de travail
sur les questions juridiques et institutionnelles.
Bruxelles, le 15 février 1990**

Le Groupe de travail conjoint Commission des CE - pays de l'AELE sur les questions juridiques et institutionnelles (GT 5) s'est réuni le 15 février pour la cinquième fois (première réunion depuis l'automne) pour discuter la structure et les éléments essentiels du futur Traité instituant l'EEE (TEEE) ainsi que les techniques d'intégration de l'acquis pertinent dans le TEEE.

En sa qualité de porte-parole des pays de l'AELE, le Secrétaire d'Etat F. Blankart a présenté à la Commission un projet de structure relativement détaillé du TEEE. Cette esquisse a reçu - à titre préliminaire - un accueil favorable. La Commission a posé de nombreuses questions et s'est montrée satisfaite des réponses données.

Le GT 5 a procédé également à un premier échange de vues substantiel sur l'étendue de l'acquis pertinent pour l'EEE compte tenu de la nature juridique des actes à reprendre (traités, règlements, directives, décisions, jurisprudence, programmes, communications, etc.) et sur les différentes techniques d'intégration (intégration textuelle, par référence ou par reconnaissance mutuelle de l'équivalence). La Commission considère qu'il s'agit d'un problème tant politique que juridique et de ce fait, elle a réservé sa position jusqu'à la prochaine réunion du groupe. Celui-ci se réunira toutes les deux semaines jusqu'à la fin du mois de mars de manière à être en mesure d'établir d'ici là les grandes lignes de la future négociation en ce qui concerne les questions juridiques et institutionnelles. Les positions suisses, ambitieuses dans ces domaines, sont généralement comprises et soutenues par nos partenaires.

Visite du Vice-Ministre du Commerce extérieur de la RDA, Christian Meyer, à Berne, le 12.2.1990

Sur l'invitation du Délégué du Conseil Fédéral aux Accords commerciaux, l'Ambassadeur Silvio Arioli, le Vice-Ministre du Commerce extérieur de la RDA, Christian Meyer (M), est venu à Berne s'entretenir de la situation de son pays. Le Secrétaire d'Etat Franz Blankart a reçu M pour une visite de courtoisie. Les discussions se sont déroulées avec en toile de fond le processus d'unification allemande, particulièrement d'actualité au lendemain du voyage du Chancelier Kohl à Moscou. Les représentants est-allemands qui considèrent l'éventualité de la disparition de la RDA avec résignation et réalisme semblent très désorientés.

M a indiqué que la RDA souhaitait se diriger vers une économie sociale de marché, et qu'il y aurait abandon de la planification impérative dans le domaine micro-économique. Toutes les formes de propriétés seront placées sur un pied d'égalité. Bien que les autorités est-allemandes considèrent elles-mêmes la période actuelle de transitoire, des réformes économiques vont être poursuivies. Une loi sur les entreprises mixtes a déjà été mise en application; elle limite cependant la participation étrangère à 49% ce qui constitue selon M un compromis visant à éviter une main-mise extérieure sur l'économie est-allemande; des exceptions à cette règle sont toutefois possible pour les petites et moyennes entreprises, ou si des intérêts économiques prépondérants sont en jeu. D'autres lois seront introduites, jusqu'à mi-mars, afin de régler les questions liées à l'imposition et à l'établissement des entreprises. D'autre part, les autorités est-allemandes souhaitent une internationalisation de leur économie, non plus au sens idéologique du terme, qui signifiait prépondérance des intérêts soviétiques, mais dans le sens d'une division internationale du travail. La RDA cherche dans ce contexte à se rapprocher des institutions économiques internationales (GATT, FMI, OCDE). Des négociations ont été menées avec la CEE, afin de conclure un accord de commerce et de coopération; M qui a dirigé la délégation de la RDA a déclaré que cet accord pourrait être paraphé avant les élections du 18 mars, pour autant que la CEE en ait la volonté politique.

Agence internationale de contrôle des armes chimiques

Les offres présentées, lors de la session actuelle de la Conférence du désarmement, pour l'obtention du siège de l'Agence précitée nous ont conduits à adopter la position suivante :

La Suisse a toujours manifesté sa disponibilité à accueillir des conférences internationales ou des organisations internationales dans le cadre de sa politique de disponibilité, une constante de sa politique étrangère. Sauf dans des cas exceptionnels, la Suisse ne s'engage toutefois pas activement à attirer à tout prix des organisations internationales à Genève. Dans notre stratégie à long terme, nous accordons la priorité au développement harmonieux des organisations déjà établies à Genève et aux secteurs d'activités qu'elles couvrent. Il s'agit en effet d'éviter une surenchère dans la présentation d'offres pour l'établissement d'un siège d'organisations internationales préjudiciable à plus long terme à la coopération internationale.

Ce principe général garde toute sa valeur pour l'établissement, à Genève, de l'Agence internationale de contrôle des armes chimiques. Les autorités suisses sont prêtes à examiner toute demande qui leur sera présentée en la matière étant entendu que cette Agence bénéficierait pour son établissement à Genève des conditions préférentielles habituelles accordées dans le cadre de la Fondation des immeubles pour les Organisations internationales (FIPOI).

De même, notre pays a, pour ce qui est de la Commission préparatoire qui sera instituée une fois la convention signée, confirmé sa disponibilité à faire un effort spécial pour son établissement à Genève, étant entendu que le Conseil fédéral devra d'abord se prononcer sur les mesures concrètes envisageables.

Enfin, nous sommes préoccupés par la politique de certains Etats qui envisagent d'attirer sur leur territoire des organisations en leur offrant gratuitement des locaux et en mettant à leur disposition un capital de départ. Nous ne pouvons pas suivre, pour notre part, cette politique qui risquerait non seulement de dépasser les moyens financiers que nous pourrions libérer à cette fin, mais encore de nuire au soutien que notre politique d'accueil actuelle a jusqu'à présent trouvé.



K. Jacobi

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert Ja Nein
 Priorität Norm. Dring. Flash
 Faktura Text erg. F.I.

Absender Presse und Info Seite-Nr. 1

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 8/90 du 19.02.90

- 1) Osteuropabotschaft - Behandlung durch die ausserpolitischen Kommissionen NR und SR
- 2) Réunion à haut niveau du G-24 concernant le Programme PHARE (assistance économique à la Pologne et à la Hongrie), Bruxelles, 16 février 1990

1) Osteuropabotschaft - Behandlung durch die ausserpolitischen Kommissionen NR und SR

Am 13.02. hat die ausserpolitische Kommission des Nationalrates, am 15.02. jene des Staenderates die durch den Dep.chief EDA vertretene Botschaft ueber eine verstaerkte Zusammenarbeit mit ost-europaeischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen vom 22.11.1989 beraten und den darin vorgeschlagenen Rahmenkredit von SFr. 250 Mio. jeweils einstimmig gutgeheissen. Aus den Diskussionen wurde klar, dass der Kredit, in der vorgeschlagenen Form und Zusammensetzung, auf ausserordentlich breite und solide Zustimmung aller politischer Lager stoesst und damit voraussichtlich im Maerz (dringliches Sonderverfahren mit paralleler Beratung in

1.47 100 000 39065

Datum: 19.02.1990
 Tel. intern 30 66

Visum:

K. J. L.

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.L.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

beiden Raeten) ohne weiteres parlamentarische Zustimmung finden wird. Damit werden die Mittel ab 01.04. zur Verpflichtung und, auf dem Wege eines Nachtragkredites, wo bereits noetig auch zur Auszahlung bereitstehen.

2) Réunion à haut niveau du G-24 concernant le Programme PHARE (assistance économique à la Pologne et à la Hongrie), Bruxelles, 16 février 1990

Le G-24 s'est réuni à Bruxelles le 16.2.1990 pour passer en revue la mise en oeuvre du programme d'assistance coordonné des Vingt-quatre à la réforme politique et économique en Pologne et en Hongrie. La délégation suisse était conduite par l'Ambassadeur Silvio Arioli et le Ministre Alexis Lautenberg.

Les trois points suivants sont à relever:

- 1) Etat d'avancement du programme PHARE
- 2) Octroi par la Communauté d'un prêt moyen terme à la Hongrie
- 3) Extension de l'aide du G-24 à d'autres pays de l'Europe centrale et orientale.

- 1) Le G-24 a pris note avec satisfaction des diverses réalisations entreprises et initiatives nouvelles lancées dans le cadre du programme PHARE dans les quatre domaines suivants: environnement, agriculture et approvisionnement alimentaire,

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern: _____

Références und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

investissements et enfin formation. De nombreux progrès ont été accomplis dans la sélection des projets relevant de secteurs prioritaires. A noter dans le domaine de la formation, la création par la Communauté d'une Fondation Européenne pour la Formation Professionnelle et le lancement du Programme de la mobilité transeuropéenne des étudiants (TEMPUS). Les autres pays du G-24 peuvent s'associer s'ils le désirent à ces deux actions communautaires.

- 2) Le G-24 a été informé de l'octroi par la Communauté à la Hongrie d'un prêt à moyen terme d'ajustement structurel d'un montant de 1 milliard US Dollars pour une période de cinq ans. Une première tranche de 400 millions Dollars sera couverte exclusivement par le budget de la Commission dès que l'arrangement stand-by avec le FMI aura été conclu. Bien qu'il s'agisse d'une action purement communautaire, les autres pays du G-24 ont été invités par la Commission à s'associer, moyennant une coordination appropriée, au financement de l'ajustement structurel pour les deux tranches restantes.

- 3) Suite à l'accord de principe intervenu au niveau ministériel (13.12.89) quant à une extension de l'assistance du G-24 à d'autres pays de l'Europe centrale et orientale (RFA, Tchécoslovaquie, Bulgarie, Yougoslavie et Roumanie), les Vingt-quatre ont procédé à un tour de table et analysé les memoranda présentés par ces différents pays. Dans l'ensemble, ils ont

Datum: _____
Tel. Intern: _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Four horizontal lines for entering references and initials.

Adresse (für Telex an Dritte)

Four horizontal lines for entering the address.

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

E.I.

Absender

Seite-Nr.

4

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

exprimé leur encouragement et leur soutien aux mesures de réforme politique et économique déjà entreprises ou prévues. En vue de pouvoir présenter un plan d'action complet, la Commission envisage d'envoyer des fact-finding missions dans ces différents pays afin de compléter les informations déjà fournies dans les memoranda et d'y préciser leurs besoins et priorités; la décision formelle de l'extension de l'aide à certains pays répondant aux critères retenus, sera prise à la réunion ministérielle prévue pour le 8 juin 1990. K. Jacobi.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____ Visum: _____
Tel. intern _____

i. A. 22.14.7.3.

Interne Verteilerliste

Betrifft:

IH + DP 8190 v. 19.2.20

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Erard	ER
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	
Damaskus	Marseille	+ Mission permanente de la Suisse
Dar es Salaam	Melbourne	après des O.I., Wien
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP